

Arbeitsmärkte in Europa | 14.06.2012 | Lesezeit 3 Min.

Die Finanzkrise ist nicht an allem schuld

Viele EU-Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten den Arbeitsmarkt so nachhaltig reformiert, dass selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise den Jobaufbau nicht wirklich ausbremsen konnte.


Die Arbeitsmärkte in den einzelnen EU-Staaten haben ganz unterschiedlich auf die vergangene Krise reagiert (Grafik):

Massenarbeitslosigkeit: Für viele Länder keine neue Erfahrung

Arbeitslose in Prozent
der Erwerbspersonen

	1995	2000	2005	2010	2012 (März)
Österreich	4,4	4,7	5,2	4,5	4,0
Niederlande	7,2	2,7	4,8	4,5	5,0
Deutschland	8,2	8,0	11,3	7,2	5,6
Schweden	9,0	5,5	7,9	8,6	7,3
Dänemark	7,0	4,5	4,9	7,6	8,1
Vereinigtes Königreich	8,8	5,6	4,8	7,9	8,1
Italien	11,8	11,0	7,8	8,5	9,8
Frankreich	11,9	10,3	8,9	9,4	10,0
Polen	–	16,6	18,0	9,7	10,1
Irland	12,2	4,4	4,4	13,9	14,5
Portugal	7,4	4,0	8,1	11,4	15,3
Griechenland	9,3	11,5	10,0	12,7	21,7
Spanien	22,8	13,9	9,2	20,2	24,1

Quelle: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwv 24

- In den Niederlanden und Österreich herrscht immer noch nahezu Vollbeschäftigung.
- In Deutschland und Nordeuropa erreichen die Arbeitslosenquoten bei weitem nicht die 10-Prozent-Marke.
- Nur in Südeuropa und in Irland haben 15 bis 24 Prozent der Erwerbspersonen keine Arbeit.

Eine gemeinsame EU-Arbeitsmarkt- und Wachstumspolitik dürfte daher eher wie eine Gießkanne wirken und wird den Problemen im Süden des Kontinents kaum gerecht.

Massenarbeitslosigkeit ist zudem für die meisten Mitgliedsländer keine neue Erfahrung. In Spanien war bereits Mitte der 1990er Jahre fast ein Viertel der Menschen ohne Job. Irland registrierte in den 1980er Jahren Quoten von über 18 Prozent, in Großbritannien suchten 12 Prozent der Menschen Arbeit – mehr als hierzulande auf dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise im Jahr 2005.

Selbst die Niederlande verzeichneten in den 1980er Jahren Arbeitslosenquoten von 11 Prozent, und Dänemark hatte zu Beginn der 1990er Jahre mit mehr als 10 Prozent zu kämpfen.

Vielen dieser Länder ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, und zwar nicht mit Ausgabenprogrammen, sondern – wie in Deutschland – mit Strukturreformen:

Die Niederlande schnürten in den vergangenen zwei Jahrzehnten ein Paket aus einvernehmlicher Lohnzurückhaltung, mehr Teilzeitarbeit, Flexibilisierung durch Zeitarbeit, Aktivierung von Arbeitslosen und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die Arbeitslosenquote halbierte sich innerhalb von fünf Jahren nahezu.

Dänemark erzielte ähnliche Erfolge, indem es seine Arbeitsmarktpolitik in den 1990er Jahren stärker aktivierend ausrichtete und dabei vor allem die Mitwirkungspflichten der Arbeitslosen betonte.

In Großbritannien wurden in den 1990er Jahren Lohnersatzleistungen gekürzt und neue Anreize zur Aufnahme einer Beschäftigung geschaffen. Später wurden im Rahmen des „**New Deal**“ der Blair-Regierung auch verstärkt Aktivierungsmaßnahmen eingeführt.

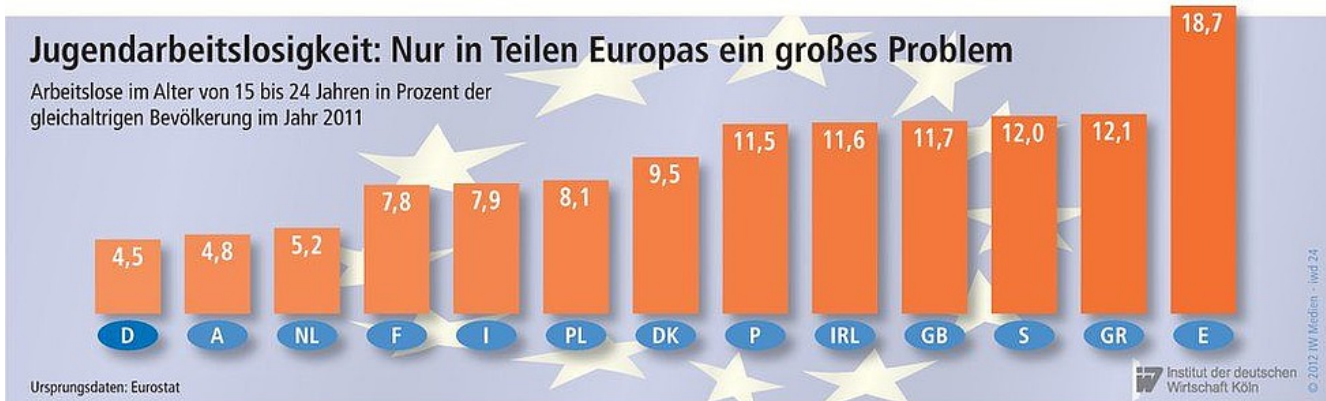
Die Reformen waren dabei fast überall so nachhaltig, dass die meisten Länder in puncto Arbeitslosigkeit trotz Krise heute besser dastehen als vor rund zwei Jahrzehnten.

Umgekehrt gibt es nur wenige Staaten, in denen die Arbeitslosigkeit erst im Zuge der Finanz- und Währungskrise auf ein Rekordniveau stieg. Dazu zählt Griechenland, wo die Arbeitslosigkeit schon immer recht hoch war, sich in den vergangenen Jahren aber noch einmal deutlich erhöht hat. Finanzspritzen werden daran nichts ändern.

Auch das Thema Jugendarbeitslosigkeit muss differenzierter betrachtet werden, als es manche Medien und Institutionen tun. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO zum Beispiel warnte jüngst sogar vor einer „**verlorenen Generation**“ in Europa und verwies auf die hohen Arbeitslosenquoten für Jugendliche: 53 Prozent in Griechenland, 51 Prozent in Spanien, 36 Prozent in Italien und Portugal.

Allerdings bedeutet eine Jugendarbeitslosenquote von 50 Prozent keineswegs, dass jeder zweite Jugendliche arbeitslos ist. Denn die Quote bezieht sich auf die

Erwerbspersonen, also jene Jugendlichen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Schüler und Studenten tauchen in der Rechnung gar nicht auf. Bezieht man die Zahl der arbeitslosen jungen Leute auf die Zahl der Jugendlichen insgesamt, kommt man selbst für Griechenland zu ganz anderen, weniger dramatischen Werten (Grafik).



Insofern verwundert es nicht, dass die Einwanderung aus den Krisenländern nach Deutschland bislang relativ gering war. Im vergangenen Jahr kamen zwar rund 25.000 Personen aus Griechenland nach Deutschland. Da aber im selben Zeitraum 11.000 Personen aus Deutschland nach Griechenland auswanderten, verblieb lediglich ein Saldo von 14.000 Einwanderern.

Insgesamt wanderten im Jahr 2011 unterm Strich nur 39.000 Personen aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal nach Deutschland ein.

Einen Run auf den deutschen Arbeitsmarkt gibt es eher aus Osteuropa. Allein aus Polen kamen 66.000 Personen, aus den osteuropäischen Ländern insgesamt - einschließlich Bulgarien und Rumänien, für die die Freizügigkeit noch bis Ende 2013 eingeschränkt ist - wanderten per saldo 162.000 Menschen ein. Das waren mehr als viermal so viele wie aus dem Süden der EU.

Für die individuelle Entscheidung, in ein anderes Land auszuwandern, ist ohnehin nicht nur die aktuelle Arbeitsmarktlage von Bedeutung. Entscheidend ist letztlich, welche Erwartungen die Menschen haben. Wer hofft, dass die Krise bald ausgestanden

sein wird, packt kaum seine Siebensachen. Deshalb ist auch bei einer weiterhin schlechten Arbeitsmarktlage im EU-Süden von dort keine große Auswanderungswelle nach Deutschland zu erwarten.

Kernaussagen in Kürze:

- Viele EU-Länder haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten den Arbeitsmarkt so nachhaltig reformiert, dass selbst die Finanz- und Wirtschaftskrise den Jobaufbau nicht wirklich ausbremsen konnte.
- Vielen dieser Länder ist es gelungen, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, und zwar nicht mit Ausgabenprogrammen.
- Insgesamt wanderten im Jahr 2011 unterm Strich nur 39.000 Personen aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal nach Deutschland ein.